

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.12.2021

Inhalt

EWN

1 Gute Argumente gegen Endlager?	3
<i>AZ online (Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide), 14.12.2021</i>		

📰 AZ online (Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide) | 14.12.2021

🔗 WEBLINK

Gute Argumente gegen Endlager?

„Radioaktiv“ geht es in der Asse zu. Bei der Endlagersuche will der Bund professioneller vorgehen als bei dem berüchtigten einstigen Salzbergwerk bei Wolfenbüttel.

Brunke, Abteilungsleiter im Fachbereich Umwelt in der Gifhorner Kreisverwaltung, kann zum jetzigen Zeitpunkt des bundesweiten Suchverfahrens freilich keine Prognose abgeben, wie die Daten der hiesigen Standorte am Ende gewertet werden. Dem Arbeitskreis mit Vertretern aus der Stadt Wittingen und den Samtgemeinden Wesendorf und Brome machte es aber sichtlich Mut, von Faktoren zu hören, die den Untergrund in der Region eher ungeeignet für ein Atommüll-Endlager erscheinen lassen, das 1 Million Jahre dichthalten soll.

Waddekath? Brunke, der sich ein Dreivierteljahr lang mit der Materie beschäftigt hat, spricht bei dem Salzstock an der Landesgrenze von einer unklaren Ausdehnung und einer unklaren Datenlage. Zudem bestehe eine „große Wahrscheinlichkeit“ für das Vorhandensein von Kalisalzen. Und die gelten wegen ihrer Löslichkeit als K.O.-Kriterium gegen ein Endlager.

Wittingen? „Dürfte schwierig sein“, lautet Brunkes Einschätzung zu diesem Salzstock. Die Fläche sei wohl zu klein, vermutlich finden sich auch hier Kalisalze, zudem hat es Bohrungen durch das Wirtsgestein gegeben. Und ob angebohrt oder durchgebohrt: Wasser könnte eindringen, das gilt als potenzielle Gefahr für ein sicheres Endlager.

Vorhop? Für den Salzstock gilt laut Brunke Ähnliches wie für Wittingen: Bohrungen bis in das Salz, dazu vermutlich Kalisalze. Mit Blick auf die Aktivitäten zur Erdöl- und -gasförderung (1377 Bohrungen im Landkreis reichen tiefer als 200 Meter) verglich der Geologe Teile der Region mit einem „Schweizer Käse“.

Wesendorf? Siehe oben. Viele Bohrungen, dazu wohl Kalisalze, und der Salzstock gilt zudem als relativ klein.

Nettgau? Wohl auch zu klein, zudem Verdacht auf Kalisalze. Brunke verweist auch bei diesem zum Teil in Sachsen-Anhalt liegenden Salzstock auf eine lückenhafte Datenlage.

Diese fünf Standorte mit Zechstein-Steinsalz in soge-

nannter steiler Lagerung sind seit der Veröffentlichung der Teilgebiete im September 2020 die meistdiskutierten in der Region. Es gibt zudem noch eine Formation von Zechstein in flacher Lagerung, südlich von Brome. Brunke hält den Bereich aber mit Blick auf eine geologische Störungszone ebenfalls für ungeeignet.

Weitgehend unter dem öffentlichen Radar sind bisher großflächige Tonstein-Formationen geblieben, die ebenfalls zu den noch in Frage kommenden Teilgebieten gehören (wie mehr als 50 Prozent des Bundesgebietes), und die auch das Kreisgebiet durchziehen. Antje Präger, Fachbereichsleiterin für Umwelt beim Landkreis Gifhorn, vermutet, dass im weiteren Verlauf der Planungen Teilabschnitte solcher Tonstein-Gebiete identifiziert werden könnten, die dann näher untersucht werden. Sicher sei das freilich nicht: „Es ist ein offenes Verfahren.“

Im Kreis Gifhorn gibt es vier solcher Ton-Lagen. Die Teilfläche Steinhorst hält Brunke für zu klein. Als minimaler Flächenbedarf gelten bei Ton 10 Quadratkilometer, bei Salz sind es nur 3 Quadratkilometer. Bei Steinhorst habe es zudem Bohrungen gegeben. Die Teilfläche Langwedel, so nimmt Brunke an, ist ebenfalls zu klein. Eine Tonschicht bei Allenbüttel/Sülfeld hält er für nicht geeignet, für die Tonstein-Formation Gifhorn-Ost (zieht sich bis zur Kreisgrenze südlich von Brome) hat der Geologe „zahlreiche Störungen“ ausgemacht. Zum Teil liegen unter dem Nordkreis Tonschichten und Salzstöcke übereinander, sodass durch die Suche nach Bodenschätzen beides durchlöchert worden ist.

„Die Hoffnung ist, dass meine Einschätzungen am Ende geteilt werden“, sagt Brunke mit Blick auf das umfangreiche weitere Verfahren. An die mit der Endlagersuche beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sind seine Ausarbeitungen als Stellungnahme des Landkreises Gifhorn geschickt worden, ähnliche Papiere werden vermutlich aus vielen Teilen der Republik bei der BGE eingehen. Präger kann sich lebhaft vorstellen, welche Menge an Daten die Fachleu-

te der in Peine angesiedelten Behörde sichten und gewichten müssen.

Deswegen ist der weitere Ablauf der Endlagersuche auch schwer vorhersehbar. Werden die Teilgebiete tatsächlich Anfang 2023 auf eine geringere Zahl von Standort-Regionen reduziert, in denen übertägige Erkundungen stattfinden? „Das ist schwer zu sagen“, weiß auch Wittingens Stadtbürgermeister Andreas Rit-

ter, der den interkommunalen Arbeitskreis initiiert hatte. Völlig offen ist auch, wie viele dieser Standort-Regionen dann in die engere Auswahl für eine untertägige Erkundung kommen. Nicht wenige Beobachter halten den Zeitplan, bis 2031 zu einer Standort-Entscheidung für ein Endlager zu kommen, für äußerst ambitioniert. 2050 soll es eigentlich betriebsbereit sein, für die nächste Million Jahre.